

Nationale Ausschreibung nach UVgO
Öffentliche Ausschreibung
Vergabenr.:
Ö/UVgO/40/114-26/RD

1. Zur Angebotsabgabe auffordernde Stelle, zuschlagserteilende Stelle:

Name und Anschrift:
Landkreis Anhalt-Bitterfeld
Am Flugplatz 1
06366 Köthen (Anhalt)
Deutschland
Telefonnummer:
+49 3496601196
Telefaxnummer:
+49 3496601193
E-Mail-Adresse:
Ronald.Doege@anhalt-bitterfeld.de
Internet-Adresse:
<https://www.anhalt-bitterfeld.de>
Zuschlagserteilende Stelle:
Siehe oben

2. Verfahrensart (§ 8 UVgO):

Verfahrensart:
Öffentliche Ausschreibung

3. Angebote können abgegeben werden:

elektronisch in Textform
elektronisch mit fortgeschrittener Signatur
elektronisch mit qualifizierter Signatur
Anschrift zur Einreichung schriftlicher Angebote:
ENTFÄLLT- (es sind ausschließlich elektronische Angebote zugelassen)

4. Zugriff auf Vergabeunterlagen:

Maßnahmen zum Schutz der Vertraulichkeit und die Informationen zum Zugriff auf die Vergabeunterlagen (§ 29 Abs. 3 UVgO):
Entfällt (siehe 9.).

5. Art und Umfang sowie Ort der Leistung:

Art der Leistung:
Lieferung von 30 Holzschalenstühlen
Menge und Umfang:
30 Stück Holzschalenstühlen
Ort der Leistung:
Berufsschulzentrum "August von Parseval" OT Bitterfeld

Parsevalstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen

6. Losaufteilung:

Losweise Vergabe:
Nein

7. Nebenangebote sind

nicht zugelassen

8. Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist:

Beginn der Ausführungsfrist:

01.12.2026

Ende der Ausführungsfrist:

31.05.2027

Bemerkung zur Ausführungsfrist:

9. Elektronische Adresse, unter der die
Teilnahmewettbewerbsunterlagen/Vergabeunterlagen abgerufen werden können:

unter (URL):

<https://www.evergabe.de/unterlagen/54321-Tender-19f647c8c7c-215b655c0d398ce4>

10. Ablauf der Angebots- und Bindefrist:

Angebote sind einzureichen bis:

29.09.2026 10:00

Ablauf der Bindefrist:

16.11.2026

11. Höhe der etwa geforderten Sicherheitsleistungen:

:

keine

12. Wesentliche Zahlungsbedingungen:

:

Die Zahlung des Rechnungsbetrages erfolgt nach Erfüllung der Leistung binnen 30 Tagen nach Rechnungseingang.

13. Ggf. mit dem Angebot vorzulegende Unterlagen zur Eignungsprüfung des
Bewerbers:

:

Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:

a) Angebotsschreiben

b) Leistungsbeschreibung

c) Eigenerklärung zur Eignung

d) Handlungsanweisung Nachunternehmer (§ 14 TVergG LSA)

Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen:

a) Nachweis über Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes (z. B. Handelsregistrauszug oder Eintragung in der Handwerksrolle oder Eintragung bei der Industrie- und Handelskammer)

Bewerber mit Sitz im Ausland müssen mit dem Angebot die Erlaubnis der Berufsausübung im Staat ihrer Niederlassung nachweisen, soweit hierfür ein im Anhang XI der Richtlinie 2014/24/EU des Europäischen Parlaments und des Rates aufgeführte Registereintragung einschlägig ist; bei Bewerbergemeinschaften gilt dies für jedes Mitglied.

b) eine Referenzliste aus den letzten fünf Jahren bestehend aus mindestens drei geeigneten Referenzen und den folgenden Angaben: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum

Geeignet ist eine Referenz, wenn hierdurch tragfähige Rückschlüsse zur auftragsbezogenen Leistungsfähigkeit des Bieters abgeleitet werden können.

c) Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren (sofern kein abweichendes Geschäftsjahr), Eigenerklärung reicht aus

d) Angabe, ob Liquidation vorliegt

e) Angabe, dass keine schweren Verfehlungen hinsichtlich der Zuverlässigkeit vorliegen

f) Angabe, ob rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan vorliegt (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)

g) TÜV und/oder GS geprüft sein, alternativ über die CE-Kennzeichnung oder andere verfügen, sofern diese gleichwertig zum Inhalt des TÜV- u./o. GS-Zeichens

h) Produktbeschreibungen, Datenblätter - Kataloge bzw. Kopien von Katalogseiten (ggf. farbliche Kennzeichnung des angebotenen Produktes)

Hinweise gemäß § 8 TVergG LSA

Der Auftraggeber behält sich vor, alle im Verfahren verpflichtend vorzulegenden Erklärungen und Nachweise nicht nur vom Bestbieter, sondern auch von den nachrangigen Bietern abzufordern, um Verzögerungen im Vergabeverfahren zu vermeiden.

Die geforderten Erklärungen und Nachweise sind elektronisch, innerhalb einer nach Kalendertagen bestimmten Frist, über die Vergabepattform zu übermitteln.

Die nicht fristgerechte Einreichung der geforderten Erklärungen und Nachweise führt gemäß § 8 Abs. 4 TVergG LSA dazu, dass das Angebot von der Wertung ausgeschlossen werden kann.

Die Frist zur Einreichung der nachgeforderten Erklärungen und Nachweise muss gemäß § 8 Abs. 3 Satz 1 TVergG LSA mindestens drei Kalendertage betragen und darf zehn Kalendertage nicht überschreiten.

Hinweise zum Nachweis der Eignung

Die rechtlichen, wirtschaftlichen, finanziellen und technischen Angaben des Bieters können im Rahmen eines Präqualifikationsverzeichnis oder anhand einer Eigenerklärung oder anhand der Einheitlichen Europäischen Eigenerklärung (EEE) abgegeben werden.

Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis anzugeben oder es sind die geforderten Erklärungen und Bescheinigungen gemäß Vergabeunterlagen/Bekanntmachung auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen.

Ausländische Bieter haben gleichwertige Bescheinigungen Ihres Herkunftslandes vorzulegen.

Hinweis gemäß § 14 TVergG LSA

Nachunternehmen sind gemäß § 14 Abs. 1 TVergG LSA bei Angebotsabgabe schriftlich zu benennen.

Gemäß § 14 Abs. 2 TVergG LSA werden Öffentliche Aufträge nur an Bieter vergeben, die schriftlich oder elektronisch erklären, dass eine Beauftragung von Nachunternehmern oder Verleihern nur erfolgt, wenn diese ihren Arbeitnehmern mindestens die Arbeitsbedingungen gewähren, die der Bieter selbst einzuhalten verspricht. Der Bieter hat die schriftliche Übertragung der Verpflichtung und ihre Einhaltung durch die beteiligten Nachunternehmer oder Verleiher sicherzustellen und dem öffentlichen Auftraggeber auf Verlangen nachzuweisen.

Sollte das Angebot für den Zuschlag in Betracht kommen, werden die gleichen Eignungsnachweise, die der Bieter zu erbringen hat (Angabe der jeweiligen Nummer im Präqualifikationsverzeichnis bzw. Erklärungen und Bescheinigungen gemäß der Bekanntmachung), auch von den Nachunternehmen abgefordert.

Zusätzlich kann gleichzeitig seitens des Auftraggebers auf gesondertes Verlangen das Formblatt 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen abgefordert werden.

14. Angabe der Zuschlagskriterien:

Der niedrigste Preis:

Ja

15. Sonstiges: